

# Ukraine-Krise

## Auf ihrem Gipfel in Wales sucht die Nato einen neuen Kurs

# Zurück in die Zukunft

**Nato** Der Gipfel in Wales bekommt aufgrund des russischen Vorgehens gegen die Ukraine eine neue Bedeutung. Die westliche Allianz will die Weichen für die Zukunft stellen. Die Ukraine-Krise wird den Gipfel dominieren. Kollektive Verteidigung wird für die Nato wieder wichtiger.



Die Aufmerksamkeit der Nato gilt vermehrt Osteuropa: Fallschirmspringer während eines Manövers im Baltikum.

VON CHRISTIAN NÜNLIST

Die russische Annexion der Krim verlieh der westlichen Allianz über Nacht eine neue Daseinsberechtigung. Seit Monaten hatte sich die Nato auf den Gipfel in Newport (Wales) vorbereitet, doch es mangelte ihr an einem überzeugenden Motto für die Zukunft.

Seit 2003 hatte der Krieg am Hindukusch das Bündnis geprägt. Mit dem geplanten Abzug der letzten Kampfverbände bis Ende 2014 sollte es auf dem Nato-Gipfel darum gehen, die Allianz auf die Zeit nach ihrem elfjährigen Einsatz in Afghanistan vorzubereiten. Im letzten Herbst entschieden die Planer, dabei die Erfolgsgeschichte der Nato-Partnerschaften ins Zentrum zu stellen.

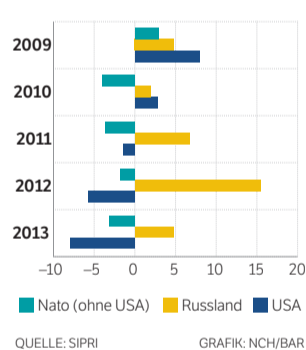
Tatsächlich ist die Nato keine exklusive Allianz mit 28 Mitgliedern, sondern umfasst darüber hinaus ein Netzwerk mit 41 Partnerstaaten, darunter Österreich, Finnland, Schweden und die Schweiz sowie Australien, Japan und Südkorea. Diese «globale Nato» wurde durch den nun abtretenden dänischen Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen stark gefördert: Schweden leistete zum Beispiel in den Militäroperationen der Nato in Libyen oder Afghanistan substanziellere Einsätze als so manches der 28 Mitglieder.

### Europa statt Afghanistan

Doch der Gipfel in Wales wird kein Partnerschafts-Gipfel werden. Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Nato an ihre ursprüngliche Kernaufgabe zurückerinnert - den Schutz ihrer Mitglieder vor einem militärischen Angriff. Die Ukraine-Krise kam zwar für den Westen als strategische Überraschung, doch die Rückbesinnung der Nato auf kollektive regionale Verteidigung statt globalen Krisenmanagements zeichnete sich bereits länger ab.

Strategische Differenzen über die künftige Ausrichtung der Nato hatten das Bündnis seit 2003 im Zuge der Kriege im Irak und in Afghanistan belastet. Insbesondere die Osteuropäer forder-

### MILITÄRAUSGABEN in Prozent



**Weniger Geld für das Militär:** Seit 2011 sinken die Ausgaben des Westens, während die Aufwendungen Russlands zunehmen.

**Die Schlüsselstelle** des Nordatlantik-Vertrags ist Artikel 5, der den Bündnisfall definiert. Dieser erlaubt den Mitgliedsstaaten, einen bewaffneten Angriff auf einen von ihnen als Angriff auf sie alle zu sehen.

Zum ersten Mal wurde das Vorliegen des Bündnisfalls 2001 als Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon beschlossen.

ten immer wieder, die Allianz dürfe die Verteidigung des Bündnisgebietes nicht vernachlässigen. Nach dem Georgien-Krieg von 2008 reagierte die Nato bereits auf entsprechende Forderungen der baltischen Staaten. In der Folge wurde der Notfallplan der Nato für Polen («Eagle Guardian») auf die baltischen Staaten erweitert.

Auf dem Gipfel in Lissabon 2010 wurden im strategischen Konzept der Allianz drei Hauptaufgaben definiert: erstens kollektive Verteidigung; zweitens globales Krisenmanagement und drittens kooperative Sicherheit durch Part-

### Das Bündnis wird klare Signale an Putin senden: Ein russischer Militärangriff gegen ein Nato-Mitglied würde den Bündnisfall auslösen.

nerschaften. Der letzte Nato-Gipfel in Chicago vom Mai 2012 bestätigte diesen Trend weg von einem globalen Weltpolizisten zurück zu einem regionalen Verteidigungsbündnis. Die Rückbesinnung auf Artikel 5 des Nato-Vertrags ist damit zwar das neue Leitmotiv des Gipfels von Wales, bestätigt aber die bereits seit Jahren vorangetriebene Refokussierung auf Europa und kollektive Verteidigung.

Das Bündnis wird klare Signale an Putin senden: Ein russischer Militärangriff gegen ein Nato-Mitglied würde den Bündnisfall auslösen. Zwar gibt es innerhalb der 28 Nato-Mitglieder unterschiedliche Haltungen zur Frage, wie die Allianz auf die russische Herausforderung reagieren soll. Doch insgesamt ist es der Allianz in den letzten Monaten erstaunlich gut gelungen, mit einer Stimme zu sprechen - dies im Unterschied zum Irak- oder Libyen-Krieg und womöglich zur Überraschung Putins. Am Gipfel könnte Russland offiziell als Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit eingestuft werden.

Unter den Nato-Mitgliedern herrscht Einigkeit, dass die Ostflanke der Allianz rasch verstärkt werden muss, um Putin glaubwürdig vor Übergriffen wie in der Ukraine abzuschrecken. Die Nato wird ih-

re militärischen Planungen und Manöver an die neue Bedrohungslage anpassen und eine sichtbare Präsenz in Osteuropa aufbauen - mit neuen Stützpunkten und schnellen Eingreiftruppen. Ein 20-seitiger «Readiness Action Plan» enthält Massnahmen zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Nato. Es wird aber wohl keinen Entschluss zu substanziellen permanenten Truppenstationierungen in Osteuropa geben, wie Polen und die baltischen Staaten es sich wünschen. Auf Rotationsbasis könnten aber vereinzelte Kampftruppen in den baltischen Staaten sowie in Polen und Rumänien stationiert werden. Eine zu starke Fokussierung auf kollektive Selbstverteidigung würde der Welt von heute allerdings nicht gerecht werden. Die Nato muss sich auf weitere Krisenmanagement-Einsätze ausserhalb des Bündnisgebietes einstellen. Die globale Verantwortung der Nato für ein stabiles, liberales, internationales System endet nicht mit der Afghanistan-Mission.

Der jüngste Vormarsch der Dschihadisten im Irak zeigt: Auch nach 2014 können externe Krisenherde die Sicherheit der Mitgliedsstaaten gefährden. Deshalb hat die Nato weiterhin eine Doppelaufgabe zu bewältigen: Während die Verteidigung des Bündnisgebiets durch die Ukraine-Krise an Relevanz gewonnen hat, gilt es die Fähigkeit zum globalen Krisenmanagement auch nach dem Ende von ISAF zu bewahren.

### Es hapert bei der Koordination

Problematisch erscheint, dass die finanziellen Ressourcen zur Erfüllung dieser anspruchsvollen Doppelaufgabe seit Jahren zurückgehen. Die USA werden in Wales ihre europäischen Partner erneut dazu auffordern, den Nato-Standard von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben auszugeben und mindestens 20 Prozent davon für Investitionen zu reservieren.

Das Problem liegt dabei weniger am Geld. Auch wenn westeuropäische Militärbudgets im Zuge der Wirtschaftskrise um rund 20 Prozent, osteuropäische gar bis zu 40 Prozent reduziert wurden und heute neben den USA nur noch Grossbritannien, Griechenland und Estland die 2-Prozent-Marke erreichen. Die Nato gibt immer noch rund zehnmals so viel Geld für Verteidigung aus wie Russland. Auch

die europäischen Staaten ohne die USA investieren zusammen rund dreimal mehr für Verteidigung als Russland. Aber die 28 Nato-Staaten koordinieren ihre nationalen Verteidigungsanstrengungen zu wenig, sodass die Mittel ineffizient und redundant versickern.

### Die Differenzen liegen tiefer

Die USA tragen zudem mit 73 Prozent den Löwenanteil des Nato-Budgets. Die USA hoffen, die Ukraine-Krise ihre nationalen Verteidigungsanstrengungen zu wenig, sodass die Mittel ineffizient und redundant versickern. Die USA Europa gerne die sicherheitspolitische Verantwortung für ihren Kontinent sowie für die europäische Nachbarschaft übergeben und sich dafür stärker im asiatisch-pazifischen Raum engagieren. Es ist aber unwahrscheinlich, dass Länder wie Deutschland, Frankreich oder Italien den politischen Willen aufbringen, ihre Verteidigungsbudgets substanziell zu erhöhen. Spätestens dann wird klar werden, dass die Ukraine-Krise nicht alle tiefer liegenden Differenzen innerhalb des Bündnisses über Nacht bereinigt hat.

Putins militärisches Vorgehen in der Ukraine hat die Nato zwar vordergrün-

### Die USA hoffen, die Ukraine-Krise werde zum Weckruf für verstärkte Rüstungsanstrengungen der Europäer.

dig revitalisiert, stellt sie aber bei schwindenden Ressourcen vor noch schwierigere Aufgaben. Einerseits muss sie ihr Bündnisgebiet glaubwürdig verteidigen und einen externen Angriff abschrecken. Andererseits dürfte künftiges globales Krisenmanagement der Nato dadurch erschwert werden, dass es in einer multipolarer gewordenen Welt zunehmend schwieriger geworden ist, die Vetomächte China und Russland im UNO-Sicherheitsrat zu grünem Licht für westliche Militärinterventionen zu überzeugen.

Christian Nünlist ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich.